

Einige Bemerkungen zu einem historischen Irrtum

Autor(en): **Marbach, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **2 (1922-1923)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-328446>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Linie siegen und uns alle vor die Alternative stellen : entweder Rückfall in die reine Agrikultur für den **Selbstgebrauch** (jeden anderen verbietet das amerikanische Getreide) oder — soziale Umgestaltung.“*)

Diese Prophezeiung ist glänzend eingetroffen. Die bürgerlichen Regierungen Europas sind bemüht, die Industrien, die der Krieg nicht zerstört oder geschwächt hat, durch die unsinnigste Wirtschaftspolitik völlig zugrunde zu richten. Die Reparationspolitik, die Politik der Hochschußzölle und der Einfuhrverbote, die Politik der indirekten Steuern, namentlich aber die Begünstigung der Bauernschaft auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens lassen die Gefahr der Erdrosselung der europäischen Industrie als besonders dringend erscheinen. Die wichtigste Aufgabe für die sozialdemokratischen Parteien aller Staaten des europäischen Festlandes auf wirtschaftlichem Gebiete muß die völlige Umgestaltung dieser verderblichen Bestrebungen des Bürgertums und der Bauernschaft sein. Nur dann wird die europäische Arbeiterschaft die Kraft behalten, die zweite Alternative, die Engels voraus sah, zu verwirklichen : die soziale Umgestaltung.

Einige Bemerkungen zu einem historischen Irrtum.

Von Dr. Fritz Marbach.

In seinem außerordentlich zeitgemäßen und interessanten Aufsatz „Zwei Volksentscheide und ihre Lehren“ hat Genosse Heeb unter anderem eine Stelle aus Kautsky zitiert, die an die französische Revolution erinnert und in der der große Theoretiker des Sozialismus schreibt, die Gironde hätte das Referendum als Mittel betrachtet, die Uebermacht der revolutionären Hauptstadt Paris zu brechen und die Revolution zum Stillstand zu bringen. Dann fügt Kautsky (nach dem Zitat des Genossen Heeb) noch hinzu, als Ludwig XVI. zum Tode verurteilt gewesen sei, hätten die Girondisten eine Volksabstimmung verlangt, weil sie überzeugt waren, den König damit zu retten. Gegen die erste These ist wohl vom Standpunkt des modernen Revolutionshistorikers aus nicht viel einzuwenden. In der Tat betrachtete die Gironde (die typisch bourgeoise Revolutionspartei) die Volksbefragung als ein Mittel zur Hemmung der über das bürgerliche Ziel hinaus sich entwickelnden Revolution. In derselben Richtung bewegten sich die dreimal wiederholten Anträge girondistischer Politiker, das Parlament von Paris nach Bourges zu verlegen. Ein historischer Irrtum ist aber die zweite These Kautskys, wonach die Girondisten durch das Mittel des Referendums nach erfolgter Verurteilung des Königs versucht hätten, diesen zu retten. Allerdings verlangte ein großer Teil der Gironde Unterbreitung des Urteils unter die Volksabstimmung.

*) Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, gez. Diezgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge und andere. Stuttgart 1906, Seite 288.

Der Entscheid, ob das Urteil dem Referendum zu unterbreiten sei, erfolgte aber v o r der Hauptabstimmung, die den König mit H i l f e der g i r o n d i s t i s c h e n F ü h r e r s t i m m e n zum Tode verurteilte.

Heute hat man alle Ursache — besonders nach den Untersuchungen des Revolutionshistorikers der Sorbonne, des übrigens bürgerlichen Prof. Alulard —, zu glauben, daß das Referendumsbegehren eines T e i l s der Gironde aus grundsätzlichen parteipolitischen und wohl auch taktischen Motiven heraus gestellt wurde, aber nicht zum Zwecke, den Monarchen zu retten. Diese Feststellung ist deshalb interessant, weil sie mit der alten (in der Schweiz besonders durch Dechslı verbreiteten) Legende aufräumt, nach welcher der Berg allein den König gerichtet habe. Die Hinrichtung Ludwigs lag, wie die Dinge im Anfang des Jahres 1793 lagen, durchaus im Interesse auch der Gironde. Die Gironde hat denn den König auch nicht zu retten versucht, sondern mitgeholfen, ihn mit der schwersten Strafe zu belegen. Da ein so interessantes historisches Kapitel neben den aktuellen Thematata die Leser der „Roten Revue“ interessieren dürfte, seien die Tatsachen im folgenden kurz und streng sachlich zusammengestellt :

Die Schuldfrage vor dem Konvent war eine dreifache :

1. Frage. Louis Capet est-il coupable de conspiration contre la liberté de la nation, et d'attentats contre la sûreté générale de l'état? (Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des 15. Januar 1793. Histoire parlementaire XXIII, 111).
2. Frage. Le jugement de la convention nationale contre Louis Capet, sera-t-il soumis à la ratification du peuple? (Protokollauszug wie oben.)
3. Frage. Quelle peine sera infligée à Louis? (Auszug aus dem Protokoll des 16. und 17. Januar 1793. Histoire parlementaire XXIII, 168.)

Die erste Frage : Ist Ludwig schuldig der Verschwörung gegen die Freiheit der Nation und des Anschlages gegen die allgemeine Sicherheit des Staates? wurde s o z u s a g e n e i n s t i m m i g bejaht.

Der Konvent zählte 749 Mitglieder.

Abwesend wegen Krankheit	8 Mitglieder
Abwesend „par commission“	20 "
Es refusierten sich	5 "
„Ja“ motiviert	33 "
„Ja“ ohne Motivierung	683 "

Total 749 Mitglieder

Die zweite Frage teilte den Konvent. Im allgemeinen stimmten die Girondisten für das Referendum. Alulard sagt darüber (Histoire politique de la Révolution Française, Seite 371): „Der Appell ans Volk im Prozesse Ludwigs XVI. war nichts anderes als eine der Episoden der departementalen, antiparisischen, föderalistischen,

wenn man so sagen will, aber republikanischen Politik der Girondisten.“ — Und weiter: „Waren die 283 (welche für das Referendum stimmten) verkappte Royalisten, welche, das Volk royalistisch wählend, Ludwig und damit das Königtum zu retten hofften? Man lese doch ihre Reden! Es ist unmöglich, darin weder die Hoffnungen noch den Glauben hiezu zu finden. Uebrigens stimmten später mehrere unter ihnen für Tod.“

Aulard hat zweifellos recht. Nichts berechtigt zur Annahme, daß die Girondisten aus Milde oder um den König zu retten, die zweite Frage bejaht haben. Uebrigens stimmten einflußreiche Vertreter der Gironde auch in der zweiten Frage (Referendum) mit dem Berge. So Boyer-Fonfrède, Ducos, Lacaze, Condorcet und andere. Mit 423 gegen 281 Stimmen lehnte der Konvent das Referendum ab. Erst jetzt erfolgte die Abstimmung über die Art der Strafe. Hätten die Girondisten den König aus irgendeinem Grunde (Milde, Rücksicht gegen das Ausland, Taktik gegenüber der Bergpartei) retten wollen, hätten sie jetzt alle für Zuchthaus oder Verbannung stimmen müssen. Freisprechen konnten sie ihn nicht. Die Schuldfrage war einstimmig gegen ihn entschieden. Wie gestaltete sich die Abstimmung? (Histoire parlementaire XXIII.)

Abwesend „par commission“	15 Mitglieder
Krank	8 "
Stimmenthaltungen	5 "
	<hr/>
	28 Mitglieder

Es bleiben somit von 749 Mitgliedern 721. Es stimmen:

1. Für Retten (la peine la plus grave dans le code pénal mais qui ne soit pas la mort) Condorcet und Dupin	2
2. Für Zuchthaus oder Verbannung (wobei einige für den Fall des Einmarsches fremder Armeen den Tod verlangen)	286
3. Für Tod mit Aufschub	46
4. Für Tod ohne Vorbehalt, aber mit dem Wunsche, daß die Frage des Strafaufschubes nach der Urteilsverkündung diskutiert werde, wobei sie aber erklären, daß dieser Wunsch unabhängig von ihrer Stimmabgabe, also keine Verklausulierung sei	26
5. Für Tod ohne Beifügung	361
	<hr/>
Total	721

Zusammenzug:

1. Für Tod ohne Vorbehalt: 361 + 26	387
2. Für Zuchthaus, Verbannung oder eventuellen Tod oder Tod mit Aufschub usw.	334
Abwesend oder nicht stimmend	28
	<hr/>
Total	749

Mit 387 gegen 334 Stimmen ward Ludwig zum Tode verurteilt. Diejenigen, die eine Stimme Mehrheit herauskonstruierten, zählten

einfach die 26 Stimmen derjenigen, die die Frage des Strafaufschiebes streiften, aber unabhängig von der endgültigen Entscheidung den Tod verlangten, zu den Stimmen, die Ludwig von der Todesstrafe erretten wollten. Das, trotzdem der Abgeordnete Mailhe nach der Urteilsverkündung auf ausdrückliche Anfrage hin nochmals die Verkläufelung verneinte. Das gab dann das „berühmte“ Resultat der einen Stimme Mehrheit, das noch heute der Jugend (zum Teil auch der akademischen) serviert wird.

Für Tod haben unter anderen gestimmt die hervorragendsten Führer der Gironde: *Bergniaud* (von dem zum Beispiel *Dechsl* ausdrücklich bemerkt, er hätte Ludwig retten wollen), *Guadet*, *Gensonné*, *Ducos*, *Boyer-Fonfrède*, *Barbarour*, *Pétion* usw.

Die Frage des Strafaufschiebes, die gemäß dem Wunsche Mailhes nach dem Urteilspruch diskutiert wurde, sogar diese Frage wurde von einem Teil der Gironde abgelehnt.

Die durch eine interessierte Geschichtsschreibung weitverbreitete Anschauung, die Gironde hätte nur unter dem Terror für Tod gestimmt, ist heute so gut wie widerlegt. Der Pöbel hat sich während des Prozesses so sehr an den Konvent herangedrängt, ihn so sehr „bedroht“, daß die „*Révolutions de Paris*“ Nr. 184, die Zeitung *Prudhomme*, schreiben durfte:

„Il n'y avait pas, nous pouvons l'assurer, trente personnes sur la terrasse des Feuillants.“

Uebrigens waren die Girondisten, sowenig wie die Vertreter der proletarischen Richtung der Revolution, die Männer, die aus Furcht gegen ihre Ueberzeugung gestimmt hätten. Auch die „Besorgnis vor dem Ausland“ hat in der denkwürdigen Permanenzsitzung keine Rolle oder höchstens eine gegen Ludwig sich auswirkende gespielt. Der historische Beweis ist sehr kurz und einfach zu liefern.

In der Sitzung des 17. Januar, abends 8 Uhr, als der Namensaufruf in der dritten Frage eben beendet wurde und das Bureau zur Bereinigung des noch unbekanntes Resultates schritt, teilte der Präsident dem Konvente mit, daß zwei Briefe aus Bureau des Konventes gerichtet wurden, der eine von den Verteidigern Ludwigs, der andere vom spanischen Geschäftsträger Ritter von *Ocariz*. Der spanische Brief versuchte auf sehr, sehr höfliche und indirekte Weise den König zu retten, indem er die spanische Vermittlung im Kriege Frankreichs mit der Koalition anbot. Alle Parteien widersetzten sich der Lektüre des im Inhalt noch unbekanntes Briefes. *Danton* erklärte, daß, wenn alle seiner Ansicht wären, man Spanien sofort den Krieg erklären würde, gestützt auf die Tatsache, daß überhaupt in dem Moment ein Brief aus Spanien vorliege. Und *Gensonné* als Sprecher der Gironde sagte: „Warum haben wir dem Kaiser den Krieg erklärt? Weil er versucht hatte, sich in unsere inneren Angelegenheiten zu mischen! Der Brief, von dem die Rede ist, kündigt an, daß Spanien sich ebenfalls in unsere Privatangelegenheiten mischen will. Was

auch seine Vorschläge sind, Drohungen, Interventionen, alles ist beleidigend (injurieux) von dem Augenblicke an, da man eine Beeinflussung erhofft. Ich verlange, daß wir unsere Unabhängigkeit durch eine feierliche Entschließung aufrechterhalten und daß wir sofort zur Tagesordnung übergehen, ohne die Lektüre des Briefes anzuhören, weil er sich auf den ehemaligen König bezieht.“ Der Konvent ging hierauf, nachdem noch Carra gesprochen hatte, einstimmig zur Tagesordnung über, indem er die Lektüre des Briefes ebenso einstimmig ablehnte.

Auf das Ausland nahmen die Girondisten wirklich, wie die andern, wenig Rücksicht. Milde waren sie nicht, denn sie in erster Linie hatten Robespierres Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe bekämpft. Die Gironde hat den Prozeß des Königs eingeleitet, besonders durch Bergniauds Reden vom Jahre 1792 („oh König, der du mit dem Tyrannen Lysander glaubst, Lüge sei so viel wert wie die Wahrheit und man könne Männer mit Eiden hinhalten wie Kinder mit Spielzeug usw.“). „Das Vaterland ist in Gefahr und die Schuld trägt der König“ (Bergniaud, Juli 1792); „man sagt euch, fürchtet die Könige von Ungarn und Preußen. Ich sage euch, die Hauptmacht dieser Könige ist am Hof“ (Brissot). „Von hier aus sehe ich den Palast (Tuilerien), in dem man uns für Oesterreich fangen will“ (Bergniaud). Endlich stimmten die ausgesprochensten Führer der Gironde in der großen Mehrzahl für Tod. Erst die reaktionäre und mit ihr die bürgerliche Geschichtsschreibung versuchten die Katastrophe des Königtums dem Berg allein in die Schuhe zu schieben. Ohne ein Werturteil abzugeben und ohne auf das große Problem Berg-Gironde näher einzutreten, darf gesagt werden, daß der Königsprozeß die letzte große revolutionäre Handlung darstellt, die die so grundverschiedenen Parteien des Bergs und der Gironde in grundsätzlich gemeinsamer Front aufmarschieren ließ. Das Bürgertum hat erst später seine Mitverantwortung abgelehnt, um der Reaktion die Reverenz zu erweisen. Bis zum Sturze der Gironde, und zum Teil eine Zeitspanne darüber hinaus, hat es sich mit besonderem Stolz seiner Haltung gegenüber dem „Monstrum“ gerühmt.

Entwicklungstendenzen des französischen Syndikalismus.

Von Willy Spühler.

Der Geist des Internationalismus kann nicht in der intellektuellen Abgeschlossenheit der nationalen proletarischen Bewegungen wachsen und dem Arbeiter in Fleisch und Blut übergehen. Unkenntnis oder Unverstehen dessen, was die sozialistische Bewegung in andern Ländern von Grund auf bewegt, sind die größten Gefahren eben für diesen Internationalismus und können gar eine eigene geistige Verarmung bedeuten. Eine gewisse nationale Selbstgenügsamkeit oder gar -überhebung kam besonders stark zum Ausdruck in den Anfängen der